



AMBASSADE DE SUISSE
AU LIBAN

Réf.: B.15. - /wr

BEYROUTH, 17. Mai 1961

Immeuble Achou
Avenue Perthuis
Case postale 172
Téléphone No. 34646

Herrn Bundesrat Max Petitpierre
Vorsteher des Eidgenössischen
Politischen Departementes

B e r n

BEIRUT: RP No 5

Rückblick auf Cypern

Herr Bundesrat,

Als ich zur Uebergabe meines Beglaubigungsschreibens in Nikosia eintraf, war die souveräne Inselrepublik Cypern genau 9 Monate alt. Die staatliche Unabhängigkeit kam unter anderem darin zum Ausdruck, dass sich in Nikosia bereits Botschaften von 12 Ländern niedergelassen hatten, nämlich: Griechenland, Türkei, England, Libanon, USA, Deutsche Bundesrepublik, Sowjetrussland, Frankreich, Jugoslawien, RAU, Israel und Nationalchina, während weitere 7 Staaten ihre in benachbarten Hauptstädten - namentlich in Beirut - residierenden Botschafter zugleich auf Cypern akkreditiert haben. Es sind dies Schweden, Dänemark, Rumänien, Belgien, die Niederlande, Ungarn und die Schweiz.

Nur Belgien, die Niederlande und die Schweiz heben sich bisher durch die Ernennung von Ministern ab. Doch hat dies insofern keine besondere Bedeutung, als auf Cypern für wohlbestallte diplomatische Missionschefs nur der Botschaftertitel im Gebrauch zu sein scheint. In meinem Falle äusserte sich dies darin, dass ich beim Generalsekretär des Aussenministeriums zu intervenieren hatte, um das Vorrecht zugestanden zu erhalten, auf der Diplomatenliste als "Minister" figurieren zu dürfen. Dessen ungeachtet bekam ich schliesslich ein Verzeichnis ausgehändigt, in dem abermals von "Embassy of Switzerland" und "Ambassador" die Rede war, so dass ich mich zu einem Korrekturingriff gezwungen sah, bevor ich das Dokument an meine vorgesetzte Behörde weiterzuleiten wagte.

Was dem politischen Beobachter bald nach dem Betreten cypriotischen Bodens auffällt, ist das Fehlen jeder Begeisterung über die im Sommer vergangenen Jahres erlangte Unabhängigkeit. Dabei ist die Insel nach einer über 3.000 Jahre zurückreichenden Fremdherrschaft durch sukzessive Eroberer und Kolonialisten heute erstmals ein souveräner Staat. Die cypriotische Nationalfahne, die das weissfarbige Umrissbild der Insel auf blassblauem Meeresgrund zeigt, ist selten und nur auf den Amtsgebäuden der Zentralgewalt zu sehen. Unvergleichlich häufiger sind, je nach den Einwohnerquartieren, die griechische und die türkische Nationalflagge ausgehängt. Die Gründe für den Mangel an nationalem Enthusiasmus sind vielschichtig. Für die griechische Mehrheit liegen sie vorab darin, dass die Unabhängigkeit mit dem formellen Verzicht auf das primäre Ziel des Befreiungskampfes, die "Enosis" (Vereinigung) mit Griechenland, erkaufte worden ist. Der türkischen Minderheit wiederum hatte die politische Aufteilung als Ideal vorgeschwebt. Die Griechen schimpfen heftig über das gegenwärtige System, das auf den Abkommen von Zürich und London fusst und das den Türken unerträglich grosse Rechte eingeräumt habe. Demgegenüber befürchten die Türken, dass die Griechen ihnen diese vertrags- und verfassungsmässigen Garantien vorenthalten wollen und sie führen ihrethalber einen erbitterten Kampf. Jedenfalls hat das Wort "Zürich" auf Cypern derzeit keinen guten Klang. Wenn die "Moralische Aufrüstung" in ihren Publikationen das "Wunder von Zürich" preist - für dessen Zustandekommen sie sich das entscheidende Verdienst beimisst - und darin einen Testfall inspirierter Menschenverständigung sehen möchte, so schießt sie propagandistisch an den harten Tatsachen vorbei. Der schweizerische Diplomat, der sich nach Cypern begibt, bedarf eines realistischeren Sinnes. Er tut gut daran, die Stadt Zürich nicht als Wiege der cypriotischen Unabhängigkeit zu feiern. Dann wird er feststellen, dass ihm kaum eine hochgestellte cypriotische Persönlichkeit spontan vom Vertragswerk von Zürich spricht. Aehnlich verhält es sich mit dem Verfassungsentwurf, den der schweizerische Experte Prof. Bridel für Cypern ausgearbeitet hat. Mag vereinzelt auch aner-

kannt werden, dass unser Landsmann ein ausgezeichneter Experte für Staatsrechtsfragen ist, so sind mit der Inkraftsetzung der cyprischen Verfassung derzeit so viele Schwierigkeiten, nationale Ressentiments und enttäuschte Hoffnungen verbunden, dass es einer späteren Generation vorbehalten bleiben mag, der Arbeit Prof. Bridels gerecht zu werden.

Das grösste Problem für die junge Republik bildet der staatliche Aufbau innerhalb der durch die Abkommen von Zürich und London gezogenen Schranken. Dieses politische Rahmengebäude ist sehr kompliziert. Um ihm nach aussen und innen den nötigen Halt zu geben, laufen Stützmauern und Verstrebungen nach allen Seiten. Die Souveränität der Insel wurde durch internationale Vereinbarungen empfindlich beschränkt. Dem neuen Staat wurden vertragliche Verpflichtungen überbürdet, die ihren Niederschlag in der Verfassung gefunden haben. Das Abkommen mit Grossbritannien räumt der früheren Kolonialmacht zahlreiche Privilegien, insbesondere militärischer Art ein; ausserdem behält diese die beiden Enklaven von Dhekelia und Akrotiri als Militärstützpunkte unter rein britischer Souveränität mit einem durchschnittlichen Mannschaftsbestand von 18.000 Mann. Die Verlagerung von 950 griechischen und 650 türkischen Soldaten nach der Insel, wo sie in einem Militärlager in der Nähe der Hauptstadt leben, fusst auf den Bündnis- und Garantieverträgen mit Griechenland und mit der Türkei. Diesen beiden Schutzmächten steht ein nicht sehr klar umschriebenes Interventionsrecht zu für den Fall eines äusseren Angriffs oder bei Verletzung wesentlicher Vertragsbedingungen zu Ungunsten eines cyprischen Volksteils.

Innenpolitisch haben die zeitweilig blutige Feindschaft zwischen der griechischen und türkischen Volksgemeinschaft und ihre widersprechenden Aspirationen zu einer verfassungsmässig festgelegten Verdoppelung aller Institutionen geführt. Neben Präsident Makarios amtiert der Führer der türkischen Gruppe, Dr. Küçük, als Vizepräsident der zweiköpfigen Präsidialrepublik. Zwischen den beiden Volksgruppen fehlen noch die elementarsten Vorbedingungen für ein überbrückendes Nationalgefühl. Besonders scheinen die Türken der Auffassung zu sein, dass sie ihre Eigenart und ihre Minderheitsrechte

nur bewahren können, indem sie sich vorbehaltlos mit den Türken des Mutterlandes identifizieren. Die Aufspaltung beginnt bereits dort, wo sich das Zusammenleben der Cyprioten zu einer Gemeinschaft am ehesten vollziehen müsste, nämlich bei den hermetisch getrennten Gemeindekammern in den fünf wichtigsten Städten des Landes.

Den Türken wurden in Zürich dank der Unterstützung der USA und Grossbritanniens mehr Rechte eingeräumt, als ihnen bei nur 18 % Bevölkerungsanteil - gegenüber 80 % Griechen und 2 % anderweitiger Minderheiten - zustehen würden. Sie erhielten einen verfassungsmässigen Anspruch auf 30 % aller Verwaltungsstellen und auf 40 % in Polizei und Militär. Während die geschäftstüchtigen Griechen für Polizei- und Militärdienst wenig Interesse zeigen, sind die wichtigsten administrativen Posten seit der Kolonialzeit mit griechischen Beamten besetzt. Dem türkischen Volksteil ging die hierfür erforderliche Bildung ab und er ist auch heute noch kaum in der Lage, qualifiziertes Personal zur Ausfüllung der 30 % Quote in der Verwaltung zu stellen. Demzufolge hat die Zahl der türkischen Beamten die 20 % Grenze noch kaum überstiegen. Auch ist es schwierig, langjährige und bewährte griechische Beamte zu benachteiligen oder zu entlassen, nur weil prozentmässig einem Türken - zumeist handelt es sich um blutjunge Anfänger - der Anspruch gehört. Deshalb sind die Griechen für eine stufenweise Verwirklichung des Verwaltungsproporz, wogegen ihn die Türken schlagartig erzwingen möchten. Hieraus ergeben sich tiefgreifende Zwistigkeiten. Sie werden noch verschärft durch die türkische Forderung nach territorialer Abgrenzung der autonomen Türkenquartiere in den fünf wichtigsten Orten des Landes. Obwohl auch hierfür ein verfassungsmässiger Anspruch bestehen soll, lässt sich eine solche Grenzziehung in der Praxis schwer durchführen, weil die von Griechen oder Türken bewohnten Sektoren vielfältig ineinandergreifen. Auch würde damit ein weiteres Element der Trennung zwischen die beiden Volksgemeinschaften getragen.

Der Zufall wollte es, dass diese Spannungen in den Tagen meines Aufenthaltes auf Cypern zu einer eigentlichen Staatskrise führten. Nach der cypriotischen Verfassung bedürfen Gesetze oder

Beschlüsse finanziellen oder fiskalischen Charakters einer doppelten Mehrheit, d.h. sowohl unter den 35 griechischen wie unter den 15 türkischen Abgeordneten des 50-köpfigen Landesparlamentes. Die türkische Deputation verweigerte die Genehmigung des Staatsvoranschlages und der damit zusammenhängenden steuerrechtlichen Massnahmen unter dem rein politischen Vorwand, dass von den Griechen die Verwirklichung des 30 %igen Verwaltungsproporz und die Begrenzung der türkischen Sektoren hintan gehalten werde. Sie legte durch dieses parlamentarische Manöver die normale Abwicklung der Staatsgeschäfte praktisch lahm. Erzbischof Makarios beantwortete das türkische Vorgehen damit, dass er aus eigener, ebenfalls nicht sehr verfassungsmässiger Machtbefugnis die abgelaufene Finanzregelung als weiter in Kraft stehend erklärte. Als verantwortliches Staatsoberhaupt konnte er nicht anders handeln. Indessen hatten das willkürliche Vorgehen der türkischen Abgeordneten und die schlagartige Reaktion des Erzbischofs ein jähes Aufflammen des griechisch-türkischen Konfliktes zur Folge.

In dieser kritischen Lage gelangten die Vertreter beider Volksteile an die Botschafter ihrer vertraglichen Schutzmächte, nämlich Griechenlands und der Türkei. Ich konnte mich mit diesen beiden Diplomaten eingehend unterhalten. Sie haben auf der Insel die Stellung eigentlicher Hochkommissare, wenschon dieser Titel formell nur dem Vertreter Grossbritanniens zusteht. Sowohl der griechische wie der türkische Botschafter sind hochqualifizierte Persönlichkeiten. Die Erklärungen, die sie mir gegenüber abgaben, zeichneten sich durch eine auffallende Uebereinstimmung in den wesentlichen Punkten aus. Beide erblicken ihre Aufgabe darin, mit Einsatz der ihnen zu Gebote stehenden Mittel zu verhüten, dass infolge eines Wiederaufflammens des cypriotischen Nationalitätenproblems die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei gestört oder verschlechtert werden. Als Hauptziel schwebt ihnen der Ausbau eines guten Einverständnisses zwischen den beteiligten Ländern vor, sowie die Vermeidung neuerlichen Konfliktstoffes im östlichen Mittelmeerbecken. Von dieser höheren Warte aus betrachten sie die ihnen zugewiesene Sonderaufgabe der Garantierung des griechischen oder türkischen Volksteils. Bemerkenswert war, wie sich jeder dieser Botschafter anerkennend über

Person und Tätigkeit seines Kollegen äusserte und demzufolge der Hoffnung auf eine rasche Beilegung der herrschenden Staatskrise Ausdruck gab. Den vereinten Bemühungen beider Diplomaten ist es auch gelungen, den Konflikt einmal mehr, wenn nicht aus der Welt zu schaffen, so doch zu entgiften und provisorisch zu regeln.

Präsident Makarios hat sich in den schwierigen Tagen auf der Höhe seiner Aufgabe gezeigt. Durch sein entschlossenes Vorgehen, verbunden mit einem ehrlichen Verhandlungswillen, war er an der Ueberbrückung der Krise massgeblich beteiligt. Seine feste Haltung hat ihm einen Prestigezuwachs eingebracht. Der realistische Sinn und die abgeklärte Zuversicht, mit der sich der Erzbischof während eines Gespräches über die politische Zukunft der Insel äusserte, haben mich sehr beeindruckt. Die Mehrzahl der griechischen Cyprioten gibt sich heute davon Rechenschaft, dass die vom Staatspräsidenten befolgte Linie den einzig gangbaren Weg darstellt, demgegenüber die griechisch-chauvinistischen Gefühle zurückzutreten haben. Auch hat es Makarios in sehr geschickter Weise verstanden, seinem früheren extremistischen Gegenspieler, Oberst Grivas, die Aktionsmöglichkeit zu beschneiden, indem er mehrere von dessen verheissungsvollsten Parteigängern durch die Betrauung mit Ministerposten oder Staatssekretärstellen für sich gewann. Die Mehrzahl der Mitglieder des cypriotischen Kabinetts sind junge Leute aus der seinerzeitigen EOKA - Widerstandsbewegung.

Vom türkischen Vize-Präsidenten Küçük erhielt ich einen anders gearteten Eindruck. Dieser ehemalige Arzt mit Lausanner Universitätsbildung ist in den harten Kämpfen für die Rechte der türkischen Minderheit politisch aufgestiegen. In der Diskussion zeigt er eine gewisse Verbissenheit für den türkischen Standpunkt. Seine Ausführungen wirken eher pessimistisch, namentlich wenn er erklärt, dass es noch eines halben Jahrhunderts bedürfen werde, um das griechisch-türkische Zusammenleben auf der Insel zu harmonisieren. Darüber hinaus macht Dr. Küçük dem griechischen Volksteil den Vorwurf grosser Anfälligkeit für die kommunistische Infiltration. Er sieht hierin einen besonderen Störfaktor für ein erspriess-

- 7 -

liches Verhältnis mit der anti-kommunistisch eingestellten türkischen Minderheit, möglicherweise sogar die schwerste Gefährdung für die politische Zukunft der Inselrepublik.

Diese Besorgnis von Dr. Küçük hat sehr ernsthafte Gründe. Die Kommunisten entfalten auf Cypern eine intensive Tätigkeit. Sie haben im Gegensatz zu den übrigen Parteien ein klares Ziel vor Augen. Ihre "Reformpartei des werktätigen Volkes", AKEL genannt, ist eine straff organisierte Formation. Führer und Parteivolk sind samt und sonders Griechen. Die derzeitige Wählerschaft wird gemeinhin auf 33 bis 35 %, von einzelnen West-Diplomaten sogar auf 40 % geschätzt. Eine starke Hilfstruppe der Kommunisten bildet die linksextremistische Gewerkschaft BEO, die in den 20 Jahren ihres Bestehens den Mitgliederbestand von wenigen Hundert auf 34.000 Mann zu steigern vermochte. Die hohe Zahl von über 10.000 Arbeitslosen, die seit dem Abzug der Briten entstanden ist, sowie die derzeit herrschende Wirtschaftskrise geben reichlichen Anlass zur Agitation. Die Regierung steht der Situation trotz aller Bemühungen teils machtlos gegenüber, weil es an einer wirtschaftlichen Gesamtplanung und an den dafür erforderlichen finanziellen Mitteln noch fehlt. Ein weiteres kommunistisches Angriffsziel bilden die im Lande bestehenden britischen Privilegien und die Militärbasen. In diesem Zusammenhang haben Sensationsmeldungen englischer Zeitungen, wonach auf Cypern Wasserstoffbomben gelagert werden sollen, der kommunistischen Propaganda bestes Material geliefert.

Vizepräsident Küçük sprach die Befürchtung aus, dass die Kommunisten bei den in 4 Jahren stattfindenden Parlamentswahlen die Mehrheit unter den Griechen erringen könnten. Auch der westdeutsche Botschafter ist ähnlicher Auffassung. Nach seiner Ansicht bedarf es auf Cypern einer gewaltigen Anstrengung der anti-kommunistischen Mächte, um vorzubeugen, dass die Insel zu einer Art "Mittelmeer-Kuba" werde. Wie er mir erklärte, unternimmt Westdeutschland grosse Anstrengungen auf dem Gebiet der tech-

nischen und der Wirtschaftshilfe. Es wird auch versucht, cyprische Arbeitskräfte in Deutschland einzusetzen, um einerseits die Arbeitslosenzahl zu verringern und andererseits Spezialisten für deutsche Investitionsprojekte auf Cypern - namentlich den Bau einer grossen Schiffswerft in Larnaka - auszubilden.

Das Hauptproblem für die wirtschaftliche Entwicklung der Insel liegt indessen nicht in deren Industrialisierung. Erzbischof Makarios und seine jungen Mitarbeiter geben sich hierüber Rechenschaft. Ausser der Einrichtung gewisser Kleinindustrien wollen sie vor allem die Landwirtschaft der Insel in gesunde Verhältnisse bringen. Dies ist bei der herrschenden Wasserarmut nur möglich, wenn ein ausreichendes Bewässerungssystem geschaffen wird. Die Regierung arbeitet zur Zeit daran, zusammen mit einer UN-Kommission einen Fünf-Jahresplan für die Entwicklung Cyperns aufzustellen. Auch der Förderung des Tourismus wird dabei eine wichtige Rolle zugeordnet. Gelingen kann der Wirtschaftsaufbau nur, wenn der kleine Staat ausländische Hilfe erhält, die über das hinaus geht, was die Schutzmächte England, Griechenland und die Türkei bereits vertraglich zugesagt haben. Ich bekam indessen den Eindruck, dass - mit Ausnahme der deutschen Bundesrepublik - bei den diplomatischen Vertretungen der übrigen westlichen Staaten noch keine sehr klaren Vorstellungen darüber bestehen, wie der Inselrepublik wirksam beigestanden werden kann.

Natürlich nützen die kommunistischen Mächte die Situation aus, um die eigene Stellung auf der Insel zu festigen. Die sowjetische Vertretung in Nikosia entfaltet eine rege und vielseitige Tätigkeit. Der russische Botschafter war zuvor auf Island tätig, wo er mit Hilfe der dortigen Kommunisten den Fischereikonflikt mit England organisiert haben soll. Er wird von seinen Kollegen als ausgesprochener "Insel spezialist" bezeichnet. Den Personalstab ihrer Botschaft in Nikosia wollten die Sowjets auf 200 Personaleinheiten ausdehnen. Erzbischof Makarios hat ihnen theoretisch 130 bewilligt, wobei er aber entschlossen sein soll, durch praktische Schwierigkeiten die Zahl noch erheblich zu reduzieren. Zurzeit arbeiten 26 Personen auf der Sowjetbotschaft. Diese reisen häufig im Lande herum, um sich bei der Bevölkerung anzubiedern.

Daneben hat die Sowjetunion grosszügige Wirtschaftshilfe angeboten. Eine geschickte Initiative ergriff sie am Ende des vergangenen Jahres, als sie Cypern 8.000 Tonnen unverkäuflicher Rosinen abgenommen hat. Dies geschah auf Grund eines Kompensationsgeschäftes, wobei Cypern von den Sowjets für den Gegenwert rumänisches Holz und kubanischen Rohzucker zu beziehen hat. Obgleich die für dieses Tauschgeschäft eingeräumten Bedingungen nicht sehr günstig sein sollen, erreichten die Sowjets durch ihr Vorgehen nichtsdestoweniger einen spektakulären Propagandaerfolg.

Infolge seiner Lage ist Cypern für die kommunistischen Mächte von grösster Bedeutung. Sollte es ihnen gelingen, sich hier festzusetzen, vermöchten sie die westliche Position im ganzen östlichen Mittelmeerbecken zu erschüttern und den Mittleren Osten noch wirkungsvoller zu bearbeiten. Schon heute laufen von Cypern aus kommunistische Fäden nach Beirut, Damaskus, Bagdad, Kairo und Israel. Die Insel ist ein wichtiger Umschlagsplatz für subversive Propaganda. Es ist höchste Zeit, dass ausser den türkischen Cyprioten endlich auch die Griechen begonnen haben, die Realität der kommunistischen Bedrohung zu erkennen. Um der Gefahr wirksam zu begegnen, genügen aber wirtschaftliche und soziale Massnahmen nicht. Es wäre ebenso notwendig, zu einem konstruktiven Verhältnis zwischen den griechischen und türkischen Volksgemeinschaften zu gelangen und damit die schwärende nationale Unzufriedenheit zu beseitigen, die auf Cypern in so reichem Masse vorhanden ist.

Ich versichere Sie, Herr Bundesrat, meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Klepp